

Aus der Region

Churer Stadtfest findet 2020 nicht statt

CHUR Das Churer Stadtfest wird dieses Jahr nicht stattfinden. Die Verantwortlichen haben die nächste Ausgabe auf auf August 2021 verschoben. Sie wäre ursprünglich für Mitte August geplant gewesen, wie das Organisationskomitee am Donnerstag mitteilte. Nun soll es vom 13. bis 15. August 2021 durchgeführt werden. Der Entscheid sei bedauer-

lich, aber aus Sicht der Verantwortlichen nachvollziehbar, heisst es in der Mitteilung. Mit dem Partnern würden nun die weiteren Schritte besprochen. Bereits angefallene Aufwände sollen möglichst im nächsten Jahr genutzt werden, damit die finanzielle Mehrbelastung so gering wie möglich gehalten werden können. (sda)

FBP-Fraktion setzt ein Zeichen

Gemeinderat von Mauren spendet Sitzungsgelder für den guten Zweck

MAUREN In den letzten Wochen zeigte sich in Liechtenstein aufgrund der Coronakrise eine grosse Welle der Solidarität. Dies veranlasste die FBP-Gemeinderatsfraktion in Mauren selbst persönlich ein Zeichen des Zusammenhalts in dieser schwierigen Zeit zu setzen. So verzichteten die «schwarzen» Gemeinderäte freiwillig auf die Sitzungsgelder vom 25.

März 2020 und 8. April, um sie für die gute Sache zu spenden - einem Schritt, dem sich der restliche Gemeinderat gerne anschloss. Die FBP-Fraktion beantragte in der Sitzung vom 29. April, dass der Betrag vollumfänglich an die Caritas Liechtenstein (Sektion Mauren-Schaanwald) gespendet werden soll, sodass er in der Gemeinde Mauren-Schaanwald

lebenden Personen mit wirtschaftlichen Schwierigkeiten zugutekommt. Dies unterstützte der restliche Maurer Gemeinderat einstimmig. Vorsteher Freddy Kaiser merkte zudem an, dass diese grosszügige Spende aller Gemeinderatsmitglieder von der Gemeinde Mauren auf 10 000 Franken aufgerundet wird, wie es im Gemeinderatsprotokoll heisst. (hm)

LESERMEINUNGEN / FORUMSBEITRÄGE

Coronavirus
Jawohl,
Vorsorge

Ach, lieber Norman Wille, wie einfach ist es doch auf dieser Welt. Die Entscheidungsträger entscheiden und wenn es dann nicht so schlimm kommt wie befürchtet, sogar wegen dieser rigorosen Entscheidungen, dann ruft man aus. Interessant ist nur, dass dieselben mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit auch ausrufen würden, wenn die Entscheidungsträger anders entschieden hätten und das Ganze so gründlich in die Hosen gegangen wäre. Ich jedenfalls fühle mich von der FL-Regierung nach wie vor bestens vertreten. Sie hat auf uns geschaut, nach bestem Wissen und Gewissen entschieden und tut dies auch weiterhin.

Werner Schädler,
Sücastrasse 41, Triesenberg

Coronagehorsam

Wir Liechtensteiner marschieren nicht, uns fehlt der Drill des Militärs, wir haben keine Übung im Umgang mit Gehorsam, Mühe, uns Autoritäten zu fügen, und überhaupt, wir sind egoistische Individualisten, sagt man. Vonwegen, wenn der Staat befiehlt, dann spüren wir, ohne zu hinterfragen. Verfassungsmässig gewährleistete Grund- und Freiheitsrechte werden massiv eingeschränkt, der Regierung wird öffentlich Gesetzesbruch (Verbiegung) vorgeworfen, ohne dass sie sich bemüssigt fühlt, darauf zu reagieren (was kümmert es den Mond, wenn der Pinscher ihn anbellt), und im Stil tyrannischer Pädagogik von damals, schreien sie ununterbrochen: Wenn du alt bist, dann bleib bitte schön überhaupt zu Hause. Natürlich alles im höheren Interesse zum Wohle von uns Bürgern. Karin Frick stellte fest, in der Krise wolle die Bevölkerung mehr Sicherheit als mehr Freiheit und selbst Überwachungstechnologie werde weitgehend akzeptiert. Gesagt wurde aber auch: Wer Sicherheit und Freiheit will, wird beides verlieren. Christoph Zürcher prägte im Magazin der «NZ-ZaS» in diesem Zusammenhang den Begriff «Safetyism» und definierte ihn als Traum vom Leben ohne jedes Risiko und die Lust auf Entmündigung. Entmündigung: Susi Beck, Coiffeursalon Estilo Libre, Schaan, wollte vorübergehend die Öffnungszeiten bis 23 Uhr verlängern, ihr Team hätte in Schichtbetrieb gearbeitet, um die Zahl der gleichzeitig im Salon anwesenden Personen niedrig zu halten, das Personal hätte ein etwas tieferes Stundentotal in Kauf genommen, ohne dass Entschädigung für Kurzarbeit in Anspruch genommen worden wäre. Aber halt. Der Staat legte über das Amt für Volkswirtschaft das Veto ein. Friseure seien Ladengeschäfte, keine Verlängerung, um 21 Uhr müsse Schluss sein. Niemand will korrupte Rechtsverletzung, aber es ist nicht verständlich, dass in einer Zeit, in der den Bürgern so viel abverlangt und die Wirtschaft an die Wand gefahren wird, für eine kreative, fleissige, flexible Unternehmerin kein Weg gefunden wird. Hier geht es um die Kleinlichkeit einer vorübergehenden Verlängerung von

Öffnungszeiten für einen Friseursalon, und der Staat antwortet mit so robuster Vehemenz. Der Staat bin ich, tu, was ich dir sage und stelle keine Fragen!

Georg Kieber,
Binzastrasse 6, Mauren

Super gelöst,
Herr Pedrazzini!

Lieber Mauro, in den nächsten Tagen habe ich einen ambulanten Termin im Landeskrankenhaus Feldkirch. Für die Einreise nach Österreich benötige ich einen negativen Coronatest. Auf deine Anweisung (beziehungsweise wegen der Regierungsentscheidung) werden an Personen ohne Anzeichen jedoch keine Coronatests gemacht. Leider habt ihr es verpasst, mit unserem Nachbarland eine alternative Regelung zu verabreden. Übrigens: Der nun nicht mögliche Eingriff kostet im LKH Feldkirch deutlich weniger als im Kantonsspital St. Gallen. Darum: Super gelöst!

Alex Hasler,
Spiegelstrasse 75, Ruggell

Konsumgutscheine

Die grosszügige Geste von der FBP in aller Ehre, doch bin ich der Meinung, dass die Bevölkerung Liechtensteins aus Überzeugung im Land einkaufen sollte. Gutscheine mit der Giesskanne zu verteilen ist meines Erachtens der falsche Weg. Denn das Einkaufsverhalten wird dadurch nicht nachhaltig geändert, sondern nur so lange bis die Gutscheine aufgebraucht, beziehungsweise bis die Grenzen wieder geöffnet sind. Grundsätzlich sollte man die vollständige Rückerstattung von Mehrwertsteuern abschaffen. Denn es kann nicht sein, dass der Einkaufstourismus belohnt wird mit 0 Prozent Mehrwertsteuer und der treue Kunde zahlt die Steuer im Inland bei jedem Einkauf!

Sandra Näscher,
Schlatt 15b, Gamprin

Grenzen der
Demokratie in
Coronazeiten?

Die Grundrechte sind gegenwärtig wegen des Gesundheitsschutzes eingeschränkt. Es besteht de facto ein Versammlungsverbot. Es ist deshalb richtig, dass die Regierung entschieden hat, die beiden für den 7. Juni anberaumten Volksabstimmungen über die Einführung der doppelten Staatsbürgerschaft und über die Initiative «HalbeHalbe» zu verschieben. Nicht nachvollziehbar hingegen ist, dass sie dies getan hat, ohne den Landtag begrüsst zu haben. Die Regierung beruft sich dabei auf Art. 91 Abs. 1 des Volksrechtgesetzes. Dort heisst es: «Die Regierung hat die zur ordnungsgemässen Durchführung von Wahlen und Abstimmungen nötigen Vorschriften mit Verordnung zu erlassen.» «Ordnungsgemäss» heisst nun nichts anderes als entlang den im Gesetz normierten Grundsätzen. Gemäss Art. 72 Abs. 1 des Volks-

rechtgesetzes hat die Regierung bei Vorliegen eines Begehrens für eine Volksabstimmung, oder wenn der Landtag eine solche beschliesst, spätestens innert 14 Tagen eine Volksabstimmung anzuordnen, die innerhalb von drei Monaten durchzuführen ist.

Es ist nicht zu erkennen, wie die Regierung sich eigenmächtig mittels Verordnung über diese klaren Fristvorgaben des Gesetzgebers hinwegsetzen kann. Nicht nachvollziehbar ist das Vorgehen der Regierung auch deswegen, weil sich die Regierung in Bezug auf den ordentlichen (!) Betrieb der Gerichte und Verwaltungsbehörden sehr wohl zeitnah gezwungen sah, vorübergehende Gesetzesanpassungen beim Landtag zu beantragen. Beim demokratiepolitisch viel wichtigeren Volksrechtgesetz ist sie hingegen mit ihrer vermeintlichen Verordnungskompetenz tätig geworden. Das ist weder plausibel noch konsequent. Abgesehen von der Umgehung des Landtages überzeugt auch der Inhalt der Verordnung nicht. Es ist nämlich genauso wenig zu erkennen, weshalb der neue Abstimmungssonntag am 30. August besser geeignet sein soll. Denn ein Versammlungsverbot wird wahrscheinlich mindestens bis in die unmittelbare Nähe des Termins herrschen. Die Situation wird also bei erschwerter demokratischer Meinungsbildung die gleiche sein. Hätte die Regierung hier nicht einen solchen Schnellschuss getan und stattdessen korrekterweise den Landtag einbezogen, wäre es zweifellos nicht zu einer derart fragwürdigen Festsetzung des Verschiebungstermins gekommen.

Weiter stellt sich aktuell die Frage, wie die Regierung mit der Anmeldung eines allfälligen Referendums nach dem Mai-Landtag umgehen würde. Wie stellt sich die Regierung eine Unterschriftensammlung z. B. bei einem Referendum gegen den im Krankenversicherungsgesetz vorgeschlagenen unsozialen Leistungsaufschub im Zeichen der Coronapandemie vor? Sind die gesundheitlichen Risiken einer Unterschriftensammlung auf Strassen und Plätzen vertretbar? Es besteht Handlungsbedarf. Die Regierung muss klarstellen, wie sie die Volksrechte schützen und so dem Gesetz Geltung verschaffen will. Und falls es dabei noch weitere vom Gesetz abweichende Übergangsregelungen braucht, muss sie den Landtag einbeziehen. Wie denken Sie darüber? Ihre Meinung ist uns wichtig, schreiben Sie uns auf info@freiliste.li.

Landtagsfraktion der Freien Liste

Was bleibt
nach dem Applaus?

Wer organisiert die Krise? Die Mitgliedsorganisationen des Frauennetzes Liechtenstein äussern sich zur Coronakrise: Heute die Informations- und Beratungsstelle für Frauen (Infra), zur schlechten Bezahlung der systemrelevanten Care-Berufe. In den vergangenen Wochen dankte die Bevölkerung vielerorts den im Gesundheitssystem Tätigen mit einem grossen Applaus von ihren Balkonen aus. In Liechtenstein wurden als Ausdruck der Dankbarkeit für

all jene, die in diesen Tagen und Wochen vollen Einsatz erbringen, Fahnen gehisst. Das ist schön, nützt aber wenig, wenn nun keine politischen Konsequenzen folgen. Wären wir etwas aufmerksamer, hätten wir die Systemrelevanz der Care-Arbeit auch ohne Coronavirus längst erkannt. Offenbar wird jedoch erst jetzt wahrgenommen, was das Pflegepersonal in den Spitälern und auf den Intensivstationen (nicht nur jetzt) leistet.

90 Prozent der in der Pflege und Betreuung Tätigen sind Frauen. Als traditionelle Frauenberufe sind Care-Berufe schlecht entlohnt. Der Schweizerische Berufsverband der Pflegefachpersonen macht seit Jahren darauf aufmerksam, dass viel zu wenig Pflegefachpersonen ausgebildet werden und viele Ausgebildeten den Beruf bereits nach wenigen Jahren frustriert verlassen, weil die Belastung zu hoch und der Lohn und die Anerkennung zu tief sind. Gemäss Sotomo Lohnzufriedenheitsstudie vom vergangenen Jahr sind in der Schweiz 58 Prozent der in der Pflege tätigen Personen mit ihrem Lohn nicht zufrieden. Der Fachkräftemangel zeigt sich auch in der Altenpflege. Die 24-Stunden Pflege, die viele Liechtensteiner Familien für ihre betagten Eltern organisieren, wird von Care-Migrantinnen vorwiegend aus Osteuropa geleistet. Der Arbeitsplatz «Privathaushalt» untersteht nicht dem Arbeitsgesetz. Die Gefahr, dass die Dienste der Care-Migrantinnen und ihre schwache Position ausgenutzt werden, ist gross. Gespannt warten wir auf die Ergebnisse der Care-Studie, die aktuell im Auftrag der Infra, des Vereins für Menschenrechte und des LANV durchgeführt wird. Wir fordern, dass Care-Arbeit nun endlich die politische Aufmerksamkeit bekommt, die sie braucht und verdient!

Die Coronakrise öffnet uns nicht nur die Augen für die Arbeit des Pflegepersonals. Wenn die Kitas die Tore schliessen und zudem die Grosseltern für die Kinderbetreuung wegfallen, wird augenscheinlich, welchen Beitrag (Klein-)Kinderbetreuerinnen leisten, damit die Eltern ihrer Erwerbstätigkeit nachgehen können.

In all den genannten Care-Berufen arbeiten hauptsächlich Frauen. Ihre Arbeit ist unverzichtbar für unsere Gesellschaft und gehört adäquat entlohnt!

Informations- und Beratungsstelle für Frauen (Infra), Mitglied des Frauennetzes Liechtenstein

S-Bahn Liechtenstein
Nendeln –
Zürich-HB Express

In einem Leserbrief vom 30. April 2020 wird von einer neuen ÖV-Ära mit direkter Zugverbindung von Nendeln bis Zürich-HB geträumt, die mit der noch vor dem erstem Spatenstich schon deutlich über 5 Millionen Franken verplanten S-Bahn von Buchs nach Feldkirch eingeläutet werden soll. Noch teuer wird es werden bis zur Weltstadt Anbindung von Nendeln, so soll diese nur nach Buchs und Feldkirch mit der S-Bahn das Land Liechtenstein über 66 Millionen Franken für deren (Um-)Bau kosten und absehbar mehrere Milli-

onen Franken jährlich für deren Betrieb. Sehr viel Geld für jeweils heute wochentags (angeblich) gut 100 Nutzern zu Stosszeiten in jede Richtung von Buchs nach Feldkirch, bei denen man in unbeirrter Weise weiterhin zu wissen vorgibt, sie werden sich weit mehr als verzehnfachen nur mit ein paar Kilometer neuer Doppelspur, längeren Bahnsteigen und einem ganztägigen Halbstundentakt.

Es muss einer Wohlstands-Blindheit zugeschrieben werden, wie in diesem Leserbrief in herablassender Weise der heutige öffentliche Verkehr in Liechtenstein als «zum Schämern» bezeichnet wird, man habe eine «Fahrplandichte und Infrastruktur eines Drittweltlandes». Nach nun weit über zehn Jahren Abklärungen und Planung scheint man immer noch keine stichhaltigen Argumente für diese S-Bahn gefunden zu haben, wenn man zu derart abstrusen Aussagen greifen muss, um politische Werbung für diese zu machen. Bis zur Weltstadt-Anbindung wird man sich in Nendeln mit der S-Bahn noch mit viel Profanem abfinden müssen. Ein Nutzer unseres angeblich beschämenden «ÖV auf Drittwelt-Niveau» von Nendeln Oberwiesen nach Vaduz Zentrum braucht heute 16 Minuten mit dem LIEmobil-Bus, im Halbstundentakt versteht sich, in beide Richtungen. Mit der neuen S-Bahn wird die gleiche Reise wohl in etwa so abgehen: erst mit dem Ortsbus von Oberwiesen zum S-Bahnhof Nendeln, dann mit der neuen S-Bahn nach Schaan-Zentrum, und von da erneut umgestiegen mit dem Bus nach Vaduz. Mit zweimaligem Umsteigen und jeweiligen Abwarten der Anschlüsse wird das gut und gerne 30 bis 40 Minuten dauern, also sicher zwei- bis fast dreimal so lange wie mit heutigem Bus. Damit wären wir dann tatsächlich dem ÖV «wie in einem Drittweltland» etwas näher gerückt. Dank der S-Bahn liesse es sich dafür aber in einer neuen ÖV-Ära fühlen, in der ganz Liechtenstein von Balzers über Triesenberg bis Ruggell und Schellenberg von Direktzügen zwischen dem neuen Unterländer «Verkehrsknotenpunkt» Nendeln S-Bahnhof und dem Grossestadt Bahnhof Zürich-HB träumen kann.

Othmar Züger,
Aeulegraben 32, Triesen

In eigener Sache
Hinweis zu Leser-
briefen und Foren

Da auch unsere Rubrik «Leserbriefe» einer Planung bedarf, bitten wir unsere Leser, sich möglichst kurz zu halten und als Limite eine maximale Anzahl von 2500 Zeichen (inklusive Leerzeichen) zu respektieren. Die Redaktion behält es sich vor, Zuschriften nicht zu publizieren und kann darüber keine Korrespondenz führen. Wir bitten darum, uns die Leserbriefe - inklusive der vollen Anschrift des Unterzeichners - bis spätestens 16 Uhr zukommen zu lassen. Für die Rubrik «Forum» gilt, die 3000-Zeichen-Marke nicht zu überschreiten.

redaktion@volksblatt.li

www.volksblatt.li